

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

308

II. Ausgabe.

Wien, am 16. November 1932.

Der Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1931.

Der Wiener Stadtsenat begann heute unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Seitz gemeinsam mit dem städtischen Finanzausschuss die Beratung über den Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1931.

Stadtrat Breitner leitet die Verhandlung mit einem eingehenden Referat ein und führte unter anderem aus, dass der Rechnungsabschluss die schwierigen Wirtschaftsverhältnisse widerspiegeln, die das Vorjahr gebracht habe. Es stehe überdies unter der heftigen Einwirkung der geänderten Abgabenteilung, die bekanntlich erst nach der Verabschiedung des Voranschlags durch den Gemeinderat erfolgt sei. Es sei daher nachträglich notwendig gewesen, durch einschneidende Sparmassnahmen ein Gegengewicht zu schaffen. Trotz den ausserordentlich ungünstigen Verhältnissen sei es möglich gewesen, den ursprünglichen Gebarungsabgang von rund 48 Millionen Schilling auf rund 38 Millionen Schilling herabzudrücken. Die Bedeckung liege in den Kassenbeständen und Guthaben der Gemeinde.

In der Generaldebatte führt Stadtrat Kunschak aus, der Rechnungsabschluss biete reichlich Anlass, an der Gemeindeverwaltung Kritik zu üben. Es sei erfreulich, dass der Gebarungsabgang um 10 Millionen Schilling herabgedrückt worden sei. Weniger erfreulich seien die einschneidenden Sparmassnahmen, von denen manche auf Gebieten gemacht worden seien, die für die Wirtschaft von grösster Bedeutung seien. So seien die Sparmassnahmen auf dem Gebiete des Wohnbaues sowohl für die Wohnungssuchenden als auch für das Baugewerbe von ungünstiger Einwirkung. Diese Art der Ersparung sei keinesfalls begrüssenswert. Der Redner bespricht die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe und bemängelt, dass der Ertrag dieser Abgabe höher als der im Voranschlag ausgewiesene sei. Dies beweise nur die Rücksichtslosigkeit der Eintreibung dieser wirtschaftstötenden Abgabe. Die Hauspersonalabgabe zeige die ganze Sinnslosigkeit ihrer Konstruktion. Diese Abgabe habe zunächst den männlichen Hausgehilfen in Wien ausgetilgt; von welcher schädigenden Auswirkung sie auf die weiblichen Hausgehilfinnen sei, zeige die erschreckende Zahl weiblicher arbeitsloser Hausgehilfinnen. Es könne auch bei diesem Rechnungsabschluss wieder festgestellt werden, dass die Einwendungen der christlichsozialen Minderheit gegen den Voranschlag durch den Rechnungsabschluss immer bestätigt werden.

Stadtrat Frauenfeld bemerkt, die Gemeinde Wien habe sich Monopole geschaffen, über die andere Städte nicht verfügen. Bei den Einsparungen seien Unterschiede gemacht worden, die gegen das Interesse der Bevölkerung gerichtet seien. Die grosse Zahl der Gemeindeabgaben bedinge eine Verteuerung und in weiterer Folge eine Verbürokratisierung des Verwaltungsapparates. Der Redner stellt an den Referenten einige Anfragen und bemerkt am Schlüsse seiner Ausführungen, dass die Besprechung von Einzelheiten des Rechnungsabschlusses im Gemeinderat erfolgen werde.

Stadtrat Breitner erwidert in seinem Schlusswort, das Jahr 1931 sei eben ein Krisenjahr gewesen, dessen Auswirkungen selbstverständlich auch im städtischen Rechnungsabschluss zu finden seien. Die Einwendungen der Redner der Minderheit gegen die Hauspersonalabgabe treffen nicht zu; von einer Schädlichkeit dieser Abgabe könne keinesfalls gesprochen werden.

Damit ist die Generaldebatte über den gesamten Rechnungsabschluss und gleichzeitig die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Finanzwesen abgeschlossen. Die Positionen dieser Verwaltungsgruppe werden genehmigt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

Stadtrat Speiser berichtet über die Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform. Er führt aus, dass die Zahl der aktiven Angestellten um 754 gesunken, die Zahl der Pensionsparteien um 320 gestiegen sei. Die Zahl der aktiven Angestellten habe am 31. Dezember des Vorjahres 23.452 betragen; ausserdem stehen 284 geistliche Schwestern in den Wohlfahrtsanstalten und 21 Rudolfinorinnen im Karolinen Kinderspital in Verwendung. Die Zahl der Pensionsparteien habe am 31. Dezember des Vorjahres 10.695 betragen.

Stadträtin Dr. Motzko bemerkt unter anderem, die Zahl der Lehrpersonen habe sich im letzten Verwaltungsjahr so sehr vermindert, dass ein geregelter Schulbetrieb sehr in Frage gestellt sei. Stadtrat Frauenfeld führt aus, die Ersparungen insbesondere bei den Remunerationen seien für eine grosse Zahl von Angestellten eine schwere Härte. Er verlangt Aufklärung, wieviel Lehrpersonen die Gemeinde Wien an den tschechischen Schulen unterhalte und ob die Gemeinde Wien in dieser Hinsicht über die Verpflichtung durch die Friedensverträge hinausgegangen sei. Der Aufwand für das Kontrollamt in der Höhe von einer halben Million Schilling erscheine sehr hoch; überdies dränge sich die Frage auf, ob neben der Kontrolle des Rechnungshofes die Kontrolle durch das Kontrollamt notwendig sei.

Auf die Bemerkung der Stadträtin Dr. Motzko hinsichtlich der Verringerung des Standes der Lehrpersonen erwidert Stadtrat Speiser, dass die Standesverminderung durch eine grössere Inanspruchnahme der Lehrer wettgemacht werde, die die Lehrer freiwillig auf sich genommen haben.

Die Positionen der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform werden genehmigt.

Stadtrat Weber berichtet über die Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen. Für Wohnungs- und Siedlungsbauten aus eigenen Mitteln der Gemeinde seien 90 Millionen Schilling und für Bauten nach dem Wohnbauförderungsgesetz 5'7 Millionen Schilling, zusammen 95'7 Millionen Schilling vorgesehen gewesen. Tatsächlich seien aber infolge der Sparnotwendigkeit nur 80'7 Millionen Schilling verausgabt worden. Die städtische Wohnhäuserverwaltung habe im vergangenen Jahr 5.814 Wohnungssuchende in Neubauten, 334 Wohnungssuchende in Siedlungswohnungen, 1.124 Wohnungswerber in alten städtischen Gebäuden und 2.529 Wohnungssuchende in Privathäusern untergebracht. Die untergebrachten 9.801 Parteien umfassen 33.748 Personen, darunter 10.142 Kinder.

Stadträtin Dr. Motzko führt aus, dass die Gemeinde Wien auf dem Gebiete des Wohnbaues am Ende ihrer Kraft angelangt sei. Stadtrat Frauenfeld bemerkt, die Wohnbaupolitik der Gemeinde sei durch die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt praktisch schon ad absurdum geführt worden. Auf der einen Seite gäbe es tausende Wohnungssuchende, die keine Wohnung bekommen können, auf der anderen Seite wieder stehen tausende Wohnungen leer, deren Beschaffung nur eine Geldfrage ist. Stadtrat Kunschak bespricht unter anderem die Notwendigkeit von Reparaturen an städtischen Neubauten und ersucht um Aufklärung, wie es mit der Bauaufsicht über die städtischen Wohnbauten bestellt sei.

In seinem Schlusswort führt Stadtrat Weber über die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt aus, dass die Gemeinde für Dinge, auf die sie keinen Einfluss habe, nicht verantwortlich gemacht werden könne. Man gebe uns ein Wohnungsnachweis-Gesetz, das den Hausbesitzer bei sonstiger Strafe verpflichtet, jede freiwerdende Wohnung sofort anzuzeigen, und ein Wohnungsanforderungsgesetz, das den Hausbesitzer zwingt, jede freiwerdende Wohnung an einen Wohnungsbedürftigen sofort zu vermieten, der beim städtischen Wohnungsamt in Vermerkung steht.

Die Positionen der Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen werden genehmigt; ebenso nach kurzer Debatte die Positionen der Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten.

Nächste Sitzung morgen, Donnerstag, 15 Uhr 30.